

Blair rechtfertigt den Irak-Krieg

Kein Zeichen von Bedauern

pro. · Der frühere britische Premierminister Blair hat sich den Fragen der Chilcot-Kommission gestellt, die Versäumnisse und Fehler im Zusammenhang mit Grossbritanniens Krieg gegen den Irak untersucht. Der Einmarsch britischer Truppen an der Seite der Amerikaner im März 2003 wird von vielen Briten als Auftakt zu einem grossen Debakel betrachtet. Blair rechtfertigte beim Hearing den Krieg aus damaliger wie auch aus heutiger Sicht. Er verneinte, dass es innerhalb der Verwaltung zu Manipulationen zugunsten des Krieges gekommen sei, und erklärte, von der Existenz der irakischen Massenvernichtungswaffen und von der Legalität des Vorgehens überzeugt gewesen zu sein.

International, Seite 3

Die US-Wirtschaft legt einen Gang zu

Kräftiges Quartalswachstum

cei. · Die amerikanische Wirtschaft ist im vierten Quartal 2009 überraschend stark gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) kletterte gegenüber dem Vorquartal annualisiert um 5,7 Prozent. Das ist das stärkste Quartalswachstum seit gut sechs Jahren. Der starke Schlusspurt darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass über das Jahr gesehen die amerikanische Wirtschaft stark geschrumpft ist. So ging das BIP gegenüber 2008 um 2,4 Prozent zurück.

Wirtschaft, Seite 31; «Reflexe», Seite 32

Heftiger Streit um «Abzocker»-Initiative

Die SP spricht von Handstreich

rz. · Die eidgenössische Volksinitiative «gegen die Abzockerei» soll doch mit einem Gegenvorschlag gekontert werden. Die vorberatende Nationalratskommission hat ihre zustimmende Position gekippt. Dafür sorgten die bürgerlichen Parteien. Sie suchen einen Weg, um das als gefährlich und mehrheitsfähig eingestufte Volksbegehren zu entschärfen. Die SP ist entrüstet über das Manöver und spricht von einem «bürgerlichen Handstreich».

Schweiz, Seite 13

Krise der Werte

Die Wirtschaftskrise wurzelt in einer Werte-Krise: zu kurzfristiges Denken, ungenügend klare Haftung, Vernachlässigung des Kundennutzens, zu wenig Sorge um die politische Akzeptanz. Von Gerhard Schwarz

Man mag über das World Economic Forum (WEF) denken, was man will: Man kann es für einen Jahrmarkt der Eitelkeiten halten, für eine Schwatzbude von Weltverbesserern oder für ein einzigartiges globales Forum des Dialogs von Politik und Wirtschaft. Es ist wohl ein bisschen von allem. Als Seismograf der Interessen, Stimmungen, Hoffnungen und Befürchtungen der wirtschaftlich Mächtigen dieser Welt dürfte es aber ziemlich unübertroffen sein. In den vielen offiziellen Veranstaltungen, aber noch mehr in den Pausen, an den gesellschaftlichen Anlässen, in den Hotelhallen kann man der Managerkaste den Puls nehmen wie nirgendwo sonst.

Ein Begriff, der in Davos dieses Jahr allgegenwärtig ist, ist der der Werte. Immer wieder kann man hören, wir durchlebten mehr noch als eine Finanz- und Wirtschaftskrise eine Werte-Krise. Diese Diagnose führen unzählige Leute im Munde, die damit nur schlecht ihre Absicht verbergen, endlich zeigen zu können, dass die zwar alles andere als freie, aber in ihrem Urteil eben noch viel zu wenig regulierte Marktwirtschaft versagt hat. Ferner äussern sich viele Moralisten in diesem Sinne, die säuerlich über Gier oder Masslosigkeit jammern – und damit nur die anderen meinen. Schliesslich gibt es zunehmend mehr von jenen, die ohne persönliche Glaubwürdigkeit vollmundig über den Verlust der Werte in der Wirtschaft klagen, wie etwa Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy in seinem opportunistischen Rundumschlag zur Eröffnung des WEF; dass er damit rund 50 Prozent der Teilnehmer einzunehmen vermochte, sagt viel über deren Orientierungslosigkeit.

Tatsache ist allerdings, dass die freie Wirtschaft und Gesellschaft auf gemeinsamen Werten beruht. Sie kann nicht funktionieren, wenn die Menschen nicht zentrale moralische Auffassungen miteinander teilen. Moral kann durch Gesetze weder erzwungen noch in grösserem Ausmass ersetzt werden. Eine Gemeinschaft, in der alles geregelt wäre, entbehre der Menschlichkeit und könnte nicht überleben. Deshalb wirken die Bestrebungen, dem vermeintlichen und tatsächlichen Mangel an Anstand mittels Vorschriften beizukommen, hilflos, abgesehen davon, dass die Menschen in den letzten Jahren nicht plötzlich so viel schlechter geworden sind, dass sie nun gegängelt werden müssten. Hingegen gibt es einige andere Arten von Werte-Erosionen, die zur Krise beigetragen haben und viel grundlegender unser Wirtschaftssystem untergraben.

Schnäppchenjäger und Spekulanten

Zu ihnen zählt der markante Verlust an Langfristdenken. Kunden wechseln wegen eines Schnäppchens das Geschäft. Private Partnerschaften sind immer weniger emotionale Investitionen in eine gemeinsame Zukunft. Politiker haben bei ihrem Tun bestenfalls die nächsten vier, fünf Jahre im Auge, oft genug sogar nur den Medieneffekt des Augenblicks. Investoren – auch der kleine Mann von der Strasse – ziehen sich von einem Unternehmen zurück, wenn das Quartalsergebnis etwas schlechter ausfällt. Angestellte vergessen wegen eines leicht höheren Lohns, wie viel «ihre» Firma in sie investiert hat. Arbeitgeber entlassen langjährige Mitarbeiter, nur um im Aufschwung wieder neue einzustellen. Ein Mangel an Loyalität durchzieht das Zusammenleben und als Folge davon ein Mangel an Vertrauen. Schuld daran ist unter anderem ein falsches Verständnis von Wettbewerb. Er verlangt nämlich nicht,

dass man stets die momentan günstigste Gelegenheit ergreift, sondern kann (und soll) durchaus einen Vergleich verschiedener Angebote in einer längerfristigen Perspektive umfassen.

An Bedeutung verloren hat ferner die Verantwortung. Wie bei der Loyalität ist, was man auf den obersten Ebenen sieht und worüber man sich dort empört, auch im Kleinen zu beobachten. Wie viele schieben doch die Verantwortung für das eigene Schicksal auf den Sozialstaat. Wie viele betreiben in den Unternehmen Schwarzpeterspiele und wollen am Schluss für Fehlentscheide nicht verantwortlich sein – während der Erfolg viele Väter hat. Wie elegant stehlen sich doch Bundesräte ebenso aus der Verantwortung wie CEO. Oder sie sitzen Fehlentscheide einfach aus. Gäbe es mehr Verantwortung, müsste es mehr Rücktritte geben, nicht wegen Entschieden unter Unsicherheit, die sich im Nachhinein als falsch erweisen, auch nicht jedes Fehlers wegen, denn sie gehören zum Leben, aber vielleicht doch, wenn die Zahl der Fehler zu gross oder ein einzelner Fehlentscheid zu gravierend ist. Ein Mangel an Verantwortung ist es auch, wenn die Aktionäre zu sorglos den Anträgen der Verwaltungsräte folgen, und erst recht, wenn sie im Falle unternehmerischen Scheiterns vom Staat vor einem Totalverlust gerettet werden wie die Aktionäre so vieler quasi-konkursiter Banken, darunter auch die UBS.

Nicht nur der Finanzsektor

Weiter ist die Orientierung am Bürger- und Kundennutzen im Rückzug. Das gilt, was den Staat betrifft, weniger in der Schweiz als in vielen Ländern, in denen die Bürger nicht als Souverän, sondern eher als widerborstige Steuerzahler betrachtet werden. Es gilt zudem ausgeprägt im Finanzsektor, wo vor lauter Kasino-Mentalität im Investment Banking die dienende Funktion der Banken für die Realwirtschaft vernachlässigt wurde. Damit verknüpft ist, dass zumindest einige «masters of the universe» vergessen haben, dass für Marktwirtschaften, die in Demokratien eingebettet sind, wie dies meist der Fall ist, permanent um die politische Akzeptanz gerungen werden muss. Das haben sie weitgehend unterlassen, vielleicht aus Mangel an Bescheidenheit, vielleicht aber auch, weil sie die Unmöglichkeit dieses Unterfangens erkannt haben. Es wird für eine grosse Mehrheit der Bevölkerung wohl schlicht nie nachvollziehbar sein, dass unter Wettbewerbsbedingungen im Finanzsektor so viel höhere Gewinne und Löhne anfallen sollen als in der «normalen» Wirtschaft.

Bei einem der dominierenden Themen der Aufarbeitung der Krise, der «too big to fail»-Problematik, die auch am WEF allgegenwärtig ist, spielen all diese Werte wesentlich hinein. Staatliche Regulierung muss hier nicht strafen oder gar rächen, sondern das Langfristdenken, das Prinzip der Haftung und die Orientierung am Kundennutzen stärken und der gesellschaftlichen Akzeptanz Sorge tragen. Es wäre allerdings reichlich kurzfristig, würde dies nur im Finanzsektor geschehen. Die Krise der Werte herrscht in anderen Bereichen der Wirtschaft, in Politik und Gesellschaft genauso, und sie kann dort möglicherweise sogar noch gravierendere Folgekrisen auslösen als die, die wir in den letzten Jahren erlebt haben. Sie zeichnen sich mit Schuldenbergen und Inflationspotenzial bereits am Horizont ab. Doch stattdessen wird am WEF und anderswo lieber über einen neuen Kapitalismus schwadroniert.

Villiger weist Kritik zurück

UBS-Präsident im Interview

Die UBS werde niemals Schweizer Recht brechen, sagt UBS-Verwaltungsratspräsident Kaspar Villiger im ersten ausführlichen Gespräch nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts.

msn. · Die UBS sieht derzeit keine Möglichkeit, sich bei der Auseinandersetzung mit den USA über das bereits gewählte Mass hinaus aktiv einzubringen. Es handle sich um ein Problem zwischen zwei Staaten mit zwei unterschiedlichen Rechtsordnungen, sagt der UBS-Verwaltungsratspräsident Kaspar Villiger der NZZ. Beide Seiten hätten ein Interesse daran, eine einvernehmliche Lösung zu erzielen. Seitens der UBS seien alle im Abkommen mit den USA festgelegten Abmachungen mehr als erfüllt worden. Er könne gewisse Reaktionen aus der Politik nach dem Verdikt des Bundesverwaltungsgerichts nicht nachvollziehen. Wenn jetzt von der neuen UBS-Führung verlangt werde, Recht zu brechen, sträubten sich ihm die Nackenhaare. Villiger verteidigt die Boni-Auszahlung der UBS als unabhängig für die Konkurrenzfähigkeit der Bank. Gleichzeitig anerkennt er die Notwendigkeit, die Bank zum Schutz der Schweizer Volkswirtschaft krisenfester zu machen.

Fokus der Wirtschaft, Seite 41

Verschärfung bei der Pauschalbesteuerung

Reform soll Akzeptanz verbessern

pro. · Die kantonalen Finanzdirektoren schlagen vor, die Pauschalbesteuerung mit neuen Mindestlimiten und einer minimalen Bemessungsgrundlage bei der direkten Bundessteuer zu reformieren. Dadurch soll die Akzeptanz dieses umstrittenen und im Kanton Zürich per Volksverdict abgeschafften Instruments verbessert werden. Etwa 4000 reiche Ausländer, die in der Schweiz nicht erwerbstätig sind, bringen Kantonen, Gemeinden und Bund insgesamt fast 600 Millionen Franken Steuereinnahmen sowie positive volkswirtschaftliche Effekte im Milliardenbereich.

Schweiz, Seite 11



WETTER

Trocken und sehr kalt

Eine mit einem Teiltief über Norddeutschland verbundene Kaltfront hat den Alpenraum überquert. Dahinter bestimmt am Samstag kalte Polarluft das Wetter. Auf Sonntag kommt diese Polarluft aus Westen unter Hochdruckeinfluss und beruhigt sich. Es wird trockener, bleibt aber sehr kalt.

Seite 75

BÖRSE

Dow Jones	10067,33	▲	-0,52%
SMI	6440,72	▼	-0,03%
Euro in Franken	1,4704	▲	0,05%
Erdöl (WTI in \$)	72,77	▲	-1,48%

Seite 43

INTERNATIONAL

Das Duell Sarkozy - Villepin geht weiter

Seite 3

WIRTSCHAFT

Zweite Chance für Ben Bernanke

Seite 33

SCHWEIZ

Pro und Contra der Humanforschung

Seite 17

MEINUNG & DEBATTE

Der Westen ist bescheiden geworden

Seite 29

FEUILLETON

Salinger als falsch verstandenes Vorbild?

Seite 61

ZÜRICH UND REGION

Kaum Baugesuche für Fumoirs

Seite 21

Schrift im Bild



Schrift auf Gemälden ist keine Erfindung der Moderne. Noch in der Gotik war sie selbstverständlicher Teil der Malerei. Wie eng die Verschränkung von Bild und Schrift einst war, ist heute schwer nachzuvollziehen. In den illusionistischen Bildräumen der Renaissance aber hatte die Schrift keinen Platz mehr.

Literatur und Kunst, Seite 69

